

Rede des Oberbürgermeisters Frederick Brütting zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2025 am 21. November 2024

Es gilt das gesprochene Wort!

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderats,
verehrte Besucherinnen und Besucher, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Presse,
liebe Kolleginnen und Kollegen der Stadtverwaltung,

ich darf Ihnen heute den Haushaltsplanentwurf der Stadt Aalen für das Jahr 2025 sowie den mittelfristigen Finanzplanungszeitraum bis 2028 vorstellen.

Eine lange Phase des volkswirtschaftlichen Aufschwungs liegt hinter uns. Im vergangenen Jahrzehnt ging es steil bergauf.

Rekordeinnahmen auf allen staatlichen Ebenen, Schuldentilgung im städtischen Haushalt, gepaart mit einem enormen Erneuerungs- und Investitionsprogramm der Stadt, der Wohnungsbau und der Stadtwerke.

Die Situation ist heute eine andere. Nicht alles, was bis vor Kurzem noch möglich und wünschenswert war, lässt sich so fortsetzen. Die Veränderungen, die wir global und national schon erkennen konnten, sind nun auch in den Kommunal финанzen angekommen.

Die Stadträtinnen und Stadträte, die bereits etwas länger dabei sind, haben vielleicht ein déjà vu.

Finanziell gute und schwierige Zeiten haben sich auch früher schon abgewechselt. In den Jahren 2003, 2006 und 2010 war es auch schon notwendig, als Kommunalpolitik kurzfristige Veränderungen an den Finanzplänen vorzunehmen.

Gegen Ende des Jahres 2024 kumulieren sich in Aalen mehrere Faktoren, die eine Überarbeitung der früheren Finanzplanungen und Projekte notwendig machen.

Die Ergebnisse der Zensus-Zählung haben ergeben, dass Aalen wächst, aber nach der Statistik nicht so schnell, wie es unsere eigenen Daten und Prognosen aufzeigen. Der Zensus hat einen Rückgang von 2,3 % der Bevölkerung seit dem Zensus 2011 ergeben. Das ist kaum nachvollziehbar, wenn man den Zuwachs an Wohnungen in Aalen berücksichtigt. Im Ergebnis bedeutet das für den städtischen Haushalt 2025 ein Minus von rund 2,5 Mio. €. Ab 2026 wirkt sich der Zensus noch gravierender auf den Haushalt aus: durch die Ergebnisse des Zensus fehlen rund 4 Mio. €.

Wir nehmen das nicht hin und haben deswegen Widerspruch gegen die Zensus-Erhebung eingelegt.

Neben den wegfallenden Einnahmen, kommen auch steigende Ausgaben auf die Stadt zu.

Die geplante Erhöhung der Kreisumlage wird im nächsten Jahr -je nach Ausgestaltung des Hebesatzes- zu einer Umlage in Höhe zwischen 47,5 und 49,5 Mio. € an den Landkreis führen.

Das entspricht im worst case einer Erhöhung um 5,7 Mio. € im Vergleich zu 2024, was einer Steigerungsrate von 75 % in 10 Jahren entspricht!

Ich habe dem Landrat als Kompromiss eine Erhöhung des Hebesatzes um 4,15 Prozentpunkte auf 36,9 % vorgeschlagen. Auch das würde den städtischen Haushalt noch mit 48,1 Mio. € belasten. Geld, das uns an anderer Stelle fehlt.

Vor diesem Hintergrund drängt sich doch immer mehr die Frage auf, ob der geplante Klinikneubau mit astronomischen Baukosten noch in die Zeit passt.

Wir müssen aufpassen, dass wir die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der gesamten Region nicht überstrapazieren. Die Grenze dessen, was wir an den Kreis zahlen können, ist erreicht! Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist auch nicht in Ordnung, wenn wir alle anderen wichtigen Aufgaben des Landkreises in Zukunft dem Ziel eines Klinikneubaus unterordnen!

Darüber hinaus kommt auch unser Haushalt durch die vermehrte Übertragung staatlicher Aufgaben, ohne die zugehörige Finanzausstattung, mehr und mehr unter Druck.

Ich will nicht pauschal auf andere staatliche Ebenen schimpfen. Wir erkennen natürlich an, dass wir alle vor großen Aufgaben stehen und sich alle nach Kräften bemühen, diese auch zu meistern.

Eines aber dürfen und müssen wir Städte von Bund und Land erwarten:
Finanzielle Zusagen, wie sie für die Schulen und die Kitas gemacht wurden,
müssen eingehalten werden!

Und volkswirtschaftlich wäre es klug, wenn man uns machen lässt -
wenn man die Kommunalfinanzen stärker unterstützen würde, das wäre das
beste Konjunkturprogramm für unser Land!

Meine Damen und Herren,
gerne hätte ich Ihnen diesen Haushaltsplanentwurf bereits am 24. Oktober vor-
gestellt. Unser Haushalt enthielt damals viele Projekte, die wir uns für unsere
Stadt wünschen würden, aber: die Schere zwischen Ausgaben und Einnahmen
ging auch auf Grund der gerade geschilderten Rahmenbedingungen so weit
auseinander, dass wir die Situation mit dem Regierungspräsidium als Genehmi-
gungsbehörde frühzeitig besprochen haben. In der Folge haben wir das Werk
gemeinsam mit den Amtsleitungen noch einmal überarbeitet.

So konnten wir rund 4 Mio. € Kürzungen im Ergebnishaushalt und Steigerun-
gen bei den Einnahmen herausarbeiten.

Doch zwei Tage später ging es uns wie Sisyphos in der griechischen Sage: als der
Stein die Bergspitze erreichte, rollte er wieder hinunter.

Die Ergebnisse der Steuerschätzung im November bedeuten für Aalen 3,8 Mio. €
weniger Einnahmen in allen Steuerbereichen. Damit waren die bis dato erzielten
Einsparungen im Ergebnishaushalt bereits wieder aufgebraucht.

Im Finanzhaushalt 2025 haben wir 21 Mio. € gestrichen oder auf die kommenden Jahre verteilt bzw. Projekte zeitlich verschoben. Wir sind so auf Investitionen von 66,2 Mio. € in 2025 gekommen. Immer noch ein großes Investitionsvolumen für eine Stadt wie Aalen. Das liegt aber auch daran, dass wir in den vergangenen Jahren viele Projekte auf den Weg gebracht haben, die wir nun nicht einfach stoppen können und nicht stoppen wollen.

Dazu nur drei Beispiele:

1) Hirschbachbad

Erst vorgestern haben wir gemeinsam die Baustelle des Hirschbachbads besichtigt: Bei aller Vorfreude dürfen wir aber die finanziellen Auswirkungen nicht außer Acht lassen: Gesamtinvestitionsvolumen von über 60 Mio. €. Für die möglichen Mehrkosten haben wir für 2025 5 Mio. Euro im städtischen Haushalt vorgesehen. Hinzu kommt: Schulschwimmen und Vereinsschwimmen werden im neuen Bad für den Ergebnishaushalt in Zukunft auch deutliche Mehrkosten verursachen.

2) Greutschule

Für den Ausbau der Ganztagsbetreuung an der größten Aalener Grundschule im Greut werden wir rund 20 Mio. € investieren. Der Baubeschluss wurde gefasst. Die Planungsaufträge sind bereits erteilt. Beantragten Landeszuschüsse: 13 Millionen Euro.

3) Karl-Kessler-Schule

Vor 10 Tagen war der Spatenstich für den Neubau an der Karl-Kessler-Schule.

Auch hier liegt der Schwerpunkt beim ersten Bauabschnitt auf dem Ausbau von Angeboten für die Ganztagschule. Die geschätzten Baukosten -nur für den ersten Bauabschnitt- belaufen sich auf rund 16 Mio. €. Auch hier ist eine Förderung des Landes in Höhe von 8,1 Mio. € beantragt.

Gerade beim Ausbau der Ganztagesangebote wollen wir nicht nachlassen.

Der Gesetzgeber verlangt von den Kommunen, dass sie ab September 2025 eine ganztägige Betreuung für Kinder der ersten Klassenstufe anbieten.

Ab dem Schuljahr 2029/30 gilt der Rechtsanspruch für alle Grundschulkindern. So die Vorgabe der Landesregierung.

Ich möchte aber klar sagen: der Ausbau der Ganztagesbetreuung ist für uns keine leidige Pflicht. Voller Überzeugung investieren wir in Aalen in diese Bildungsangebote und in den Ganztags!

Aber: Die Hängepartie bei der Ganztagesförderung von Seiten des Landes hat uns die Aufstellung des Haushaltsplans sehr erschwert.

Ich danke nun aber ausdrücklich der Landesregierung, dass sie die Mittel für den Ganztagesausbau nun aufgestockt hat. Und trotzdem ist immer noch nicht klar, wann die Städte die zugesagten Finanzhilfen erhalten.

Bis zur Bewilligung und Auszahlung der Zuschüsse müssen wir derzeit alle Maßnahmen, inklusive der beantragten Förderungen von 30 Mio. €, vorfinanzieren. So ist es auch bei anderen Förderprogrammen: In der Finanzplanung hatten wir für dieses Jahr Zuwendungen in Höhe von 40 Mio. € eingeplant- bislang erhalten haben wir rund 12 Mio. €.

Auch das bringt uns in Probleme bei der Kassenlage noch in diesem Jahr. Unser Kassenkreditrahmen für 2024 ist nun fast vollständig ausgeschöpft. Im laufenden Haushaltsjahr hatten wir einen Kassenkredit von 25 Mio. € vorgesehen. Wir müssen aber bis zur Genehmigung des nächsten Haushalts handlungsfähig bleiben. Das wird nicht vor April / Mai 2025 der Fall sein.

Deswegen werden wir Ihnen nächste Woche noch einen Nachtragshaushalt vorlegen, zur Erhöhung der Kassenkredite.

Um auf Nummer sicher zu gehen, werden wir hier den gesetzlich vorgegebenen Rahmen von bis zu 49 Mio. € ausschöpfen müssen. Dieses Vorgehen habe ich am vergangenen Freitag mit dem Regierungspräsidium abgestimmt.

Wir können nach einem Beschluss des Gemeinderates am kommenden Donnerstag (28.11.) noch mit der Genehmigung vor Silvester rechnen.

Damit stellen wir unsere Liquidität bis zur Genehmigung des neuen Haushaltsplans sicher.

Aber nun konkret zum Haushalt 2025:

Sehr geehrte Damen und Herren, das Volumen für den Ihnen vorliegenden Haushaltsplan beläuft sich für das Jahr 2025 auf 328 Mio. €.

Zum Vergleich: 2024 lag das Volumen bei 333 Mio. € und 2023 bei 279 Mio. €. Sie sehen, auch der Haushalt 2025 ist nicht auf einen Rückzug der Stadt angelegt, sondern es wird weiterhin viel bewegt.

Ich möchte das Problem aber klar benennen: Das Defizit im Ergebnishaushalt beläuft sich nach diesen Planungen aktuell in den Jahren:

2025: -17,7 Mio. €

2026: -20,7 Mio. €

2027: -11,6 Mio. €

2028: -9,9 Mio. €

Die städtischen Ausgaben können nicht mehr durch Einnahmen kompensiert werden. Dadurch steigt der Darlehensbedarf, so dass am Ende des Finanzplanungszeitraums 2028 eine Prognose beim Schuldenstand von rund 159 Mio. € steht, was so sicher niemand von uns möchte und was wir auch nicht zulassen werden.

Insbesondere für das Jahr 2026 müssen wir deshalb noch Verbesserungen erzielen, um das Defizit und die Kreditaufnahme zu verringern. Das hat uns auch das Regierungspräsidium klar so aufgegeben. Das heißt, die Haushaltsberatungen enden in diesem Jahr nicht mit dem Satzungsbeschluss im Februar, sondern wir werden bereits im laufenden Jahr 2025 notwendige Entscheidungen treffen müssen, damit sie für das Jahr 2026 auch Wirkung entfalten können.

Es liegt also ein längerer Weg der Arbeit an der Haushaltskonsolidierung vor uns. Auch darauf möchte ich Sie heute einstimmen.

Meine Damen und Herren des Gemeinderats,

angesichts der Haushaltslage ist die kommenden Jahre ein Umdenken gefragt.

Wie viele andere Kommunen werden wir uns im Wesentlichen wieder mehr auf unsere **Kern- und Pflichtaufgaben** konzentrieren müssen.

Und ich muss noch deutlicher werden: anders als in den letzten Jahren ist nun auch der Rahmen für die Haushaltsberatungen klar gesetzt. Wir können im Vergleich zum heute vorgelegten Planwerk weder einseitig die Ausgaben erhöhen, noch solitär auf Einnahmen verzichten. Der finanzielle Spielraum für zusätzliche, neue Projekte ist einfach nicht vorhanden. Verschiebungen, andere Prioritätensetzungen, Gegenfinanzierungen sind also bei den Haushaltsberatungen gefragt, möchten wir nicht die Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes riskieren.

Stadtkämmerin Daniela Faußner wird in ihrer nachfolgenden Rede auf die Bedeutung dieser Entwicklung im Detail eingehen.

Bei der Überarbeitung des Haushaltsplanentwurfs haben wir sowohl unsere Einnahmesituation, als auch die Ausgabenseite auf den Prüfstand gestellt.

In der vergangenen Sitzungsrunde haben Sie, verehrte Stadträtinnen und Stadträte, die Festsetzung der Hebesätze der Grundsteuer für 2025 beschlossen.

- Der Hebesatz für die Grundsteuer A beläuft sich aktuell auf 300 v. H. und wurde nicht erhöht. Im Ostalbkreis liegt der Hebesatz bei durchschnittlich 377 %.
- Bei der Grundsteuer B wurde der Hebesatz für 2025 bereits von 370 auf 239 % gesenkt.

Damit bleiben für die Verbesserung der Haushaltslage in 2025 praktisch nur noch die Einnahmen aus der Gewerbesteuer. Hier liegt der Hebesatz seit 2017 konstant bei 380 %. Es ist nun zwingend notwendig, die Gewerbesteuer um 15 Prozentpunkte auf einen Hebesatz von 395 % anzuheben. Das wirkt sich jährlich mit 1,8 Mio. € positiv auf den Ergebnishaushalt aus. Für den vorliegenden Haushaltsplanentwurf haben wir einen Gesamtansatz von 53,8 Mio. € zugrunde gelegt.

Dieser Vorschlag, die Gewerbesteuer zu erhöhen, ist uns als Verwaltung keineswegs leichtgefallen. Wir wissen, das muss auch in den Betrieben alles erwirtschaftet werden. Wir sehen, dass das Aalener Gewerbe sich auch in schwieriger Zeit robust zeigt. Ich möchte an dieser Stelle den Verantwortlichen in den Unternehmen und Betrieben für ihre Innovations- und Investitionsbereitschaft herzlich danken!

Als Verwaltung mit fast 1.400 Beschäftigten wollen und müssen auch wir unseren Beitrag zu den notwendigen Einsparungen leisten.

Daher habe ich dem Personalrat vorgeschlagen, dass alle Beschäftigten zur unbezahlten Frühstückspause zurückkehren. Diese 15 Minuten am Morgen klingen zunächst wenig, sind aber 75 Minuten in der Woche. Wenn man das auf alle Beschäftigten hochrechnet, schlägt das mit bis zu einer Mio. € jährlich zu Buche. Und wir können damit auf eigentlich notwendige Stellenerhöhungen verzichten.

Beim Deutschlandticket, das sich ab Januar auf monatlich 58 € erhöht, schlagen wir künftig einen Eigenanteil der Beschäftigten von 9 Euro pro Monat vor.

Außerdem haben wir beim Personal eine globale Minderausgabe von 500.000 Euro pro Jahr vorgesehen. Dies wird auch über eine teilweise spätere Stellenbesetzung bei freigewordenen Stellen von den Kolleginnen und Kollegen im Team erwirtschaftet werden müssen.

Fazit:

Es war notwendig, sich die Zeit zwischen Oktober und heute zu nehmen. Wir sind nicht nach dem Prinzip Augen zu und durch vorgegangen, sondern haben jetzt schnell und konsequent reagiert.

Mit den vorgestellten Maßnahmen stellen wir sicher, dass wir eine handlungsfähige und handelnde Stadt bleiben. Auch in finanzpolitisch schwierigen Fahrwassern werden wir unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern und unseren Unternehmen und Betrieben Sicherheit und Verlässlichkeit bieten.

Und wir werden weiter investieren!

Lassen Sie mich zu drei Schwerpunkten im Haushalt 2025 kommen:

1. Bereich Bildung und Betreuung:

Das bestimmende Zukunftsthema unserer Gesellschaft ist die Bildung. Bildung als Fundament einer starken, gerechten und zukunftsfähigen Gesellschaft. Bildung als Schlüssel für Chancengerechtigkeit, sozialem Aufstieg und persönlicher Entfaltung. Deshalb ist es unsere Aufgabe, dass Kinder und Jugendliche in diesem Bildungssystem gut aufgehoben sind – unabhängig von Herkunft oder sozialem Hintergrund.

Wir werden deshalb weiter in den Ausbau von Kindertagesstätten investieren.

Die großen Anstrengungen, die wir im Ausbauprogramm der Betreuungsplätze bislang unternommen haben, werden auch in Zukunft fortgeführt. Denn noch immer haben wir in Aalen einen ungedeckten Bedarf von ca. 250 Plätzen bei der Kinderbetreuung.

Deshalb investieren wir in der mittelfristigen Finanzplanung bis 2027 als Stadt rund 7,3 Mio. € in eigene, neue Kitas.

Plus: das vom Gemeinderat beschlossene Mietmodell entlastet hierbei den städtischen Finanzhaushalt, schlägt aber dafür im Bereich des Ergebnishaushalts deutlicher zu Buche. Die städtischen Betriebskostenzuschüsse für die freien und kirchlichen Kita-Träger werden sich allein im kommenden Jahr auf knapp 30 Mio. € belaufen. Das neue Mietmodell, meine Damen und Herren, ist dabei ein klares Bekenntnis zur Trägervielfalt!

An die Zeit in der Kita muss sich eine gute Betreuungssituation in der Schule nahtlos anschließen. Deshalb investieren wir in die digitale Ausstattung genauso wie in gepflegte Gebäude und eine gute soziale Begleitung. Jede Schülerin und jeder Schüler sollen sich sicher und wertgeschätzt fühlen.

Wir nehmen diese Verantwortung ernst und haben deshalb die Schulsozialarbeit, insbesondere an den Aalener Grundschulen, ausgeweitet. Hier konnten wir insgesamt 15 Fachkräfte gewinnen. Im kommenden Jahr soll noch eine 0,75-%-Stelle dazukommen.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Digitalisierung an unseren Schulen:

Zusätzlich sind aus dem städtischen Haushalt jährlich gut 3 Mio. € für die Medienoffensive an Schulen aufzuwenden. Hierunter fallen insbesondere die Kosten für Administration, Personal, Ersatzbeschaffungen, Abschreibungen und Lizenzen.

Hier haben wir in Aalen seit Jahren mit Schüler-iPads sehr hohe Standards angelegt. Daher müssen wir, wie viele andere Kommunen auch, im nächsten Jahr diskutieren, ob wir nicht einen moderaten Eigenanteil der Eltern für die Nutzung der iPads ansetzen.

Zur Bildung gehören auch Bewegung, Schwimmen und Sport: Wir investieren deshalb in die entsprechende Infrastruktur. Für die Sanierung des Lehrschwimmbeckens in Ebnat sind im Finanzplanungszeitraum rund 2,8 Mio. € veranschlagt. Dem steht eine Förderung des Bundes in Höhe von 1,3 Mio.€ gegenüber. Die Generalsanierung der Sporthalle in Unterkochen ist als Projekt enthalten. Und auch ein Neubau der Halle in Waldhausen ist notwendig. Im kommenden Jahr steigen wir in die Planungen für beide Projekte ein.

Gerade jetzt, da die Schülerinnen und Schüler im internationalen Vergleich so schlecht wie noch nie abschließen, bräuchte es eine echte Offensive für unsere Schulen und bessere Lernbedingungen.

Auch die Realschulen bräuchten dringend mehr Zuwendung, damit sie sich im zunehmend zweigliedrigen Schulsystem mit ihrer Qualität behaupten können.

Deswegen haben wir ganz bewusst einen Plan zur Modernisierung der Uhland-Realschule ausgearbeitet und dafür rund 5 Mio. € im Finanzplan bis 2028 vorgesehen.

Wenn wir heute in die Bildung und Betreuung investieren, schaffen wir die Grundlagen für Wohlstand und eine solidarische Gesellschaft von morgen.

2. Bereich Umwelt- und Klimaschutz:

Die Stadt Aalen hat sich das ehrgeizige Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2035 klimaneutral zu werden. Investitionen in Klima- und Umweltschutz, in erneuerbare Energien und Nachhaltigkeitsprojekte unerlässlich, um die Dekarbonisierung unserer Energieversorgung zu erreichen und die Folgen des Klimawandels abzumildern. Mehr noch: erneuerbare Energieerzeugung vor Ort ist mittlerweile ein alles entscheidender Standortfaktor für unsere Unternehmen und Betriebe.

Mit Investitionen der Bürger über die OstalbBürgerEnergie eG aktivieren wir zusätzliches Kapital der Bürgerinnen und Bürger für die Energiewende.

Vorzeigeprojekte sind zwei neue Freiflächen-PV-Anlagen in Aalen-Bernlohe und am Mäderhof mit einem Gesamt-Investitionsvolumen der OBE von rund 8,7 Mio. € und 15,4 MWp. Über die OBE gelingt es auch zahlreiche PV-Anlagen auf städtischen Dächern zu realisieren, die sich deswegen gar nicht in unserem Haushalt niederfinden, aber für uns sehr viel Strom aus Sonnenenergie erzeugen.

Diese Investitionen vor Ort ermöglichen eine neue lokale Wertschöpfung. Über das Erneuerbare-Energien-Gesetz werden zukünftig auch Einnahmen von insgesamt 0,2 Cent für jede Kilowattstunde an die Kommunen und Ortschaften abgeführt. Das wird man bald in den Ortschaftsräten sehr zu schätzen wissen.

Meine Damen und Herren, sparen heißt auch Energie sparen!

Deshalb hat die Verwaltung in den letzten Haushaltsberatungen die Umrüstung unserer Straßenbeleuchtung auf energiesparende und effiziente LED-Leuchtmittel vorgeschlagen. Das ist mit insgesamt 6 Mio. € veranschlagt.

Der Zuwendungsbescheid für die erste Zuschusstranche ging bei uns ein: rund 370.000 € erhalten wir für den ersten Umrüstungsabschnitt. Dank dieser Investition in die Energieeffizienz spart die Stadt bis zum Jahr 2029 gut 1,3 Mio. € an Energiekosten. Das Projekt ist nun auf vier Jahre im Haushaltsplan angelegt.

Für den Umbau und die Erweiterung technischer Anlagen auf und in unseren städtischen Gebäuden -insbesondere die Installation von PV-Anlagen und Batteriespeichern- wenden wir in den kommenden Jahren rund 3,5 Mio. € auf.

Für die angestrebte Mobilitätswende spielt der Ausbau des Radwegenetzes eine entscheidende Rolle. Daher investieren wir auch im kommenden Jahr 2,8 Mio. € in den Ausbau der Radinfrastruktur bei einer Förderung von 75 %. In diesem Ansatz enthalten sind u.a. die wichtige Radwegeverbindung Schafgärten sowie die interkommunale Radwegeachse nach Oberkochen.

In direktem Zusammenhang mit dem Projekt zur Klimafolgenanpassung Gaulbad steht die Umgestaltung der Stuttgarter Straße zwischen Amtsgericht und Rathaus. Wir wollen die trennende Wirkung der ehemaligen Bundesstraße nun endgültig überwinden - 3,5 Mio. € sind für den ökologischen Umbau der Stuttgarter Straße in den Haushaltsjahren 2025 und 2026 veranschlagt. Wir rechnen mit GVFG-Zuschüssen von rund 2,4 Mio. €.

Der neue Bahnhof im Aalener Westen ist ein weiteres Leuchtturmprojekt des Umweltverbunds in Aalen. 12 Mio. € sind für die Baumaßnahme in der Finanzplanung veranschlagt. Wir rechnen mit einer Finanzhilfe von 75 %. Hinzu kommen noch weitere Erschließungs- und Umfeldmaßnahmen.

Im vergangenen Monat haben Sie das Quartier „Östliche Gartenstraße“ als energetisches Sanierungsgebiet festgelegt – ein erster wichtiger Schritt auf dem Weg zur Umsetzung des Aalener Energieleitplans.

Unser wichtigster Partner auf dem Weg zur Klimaneutralität sind unsere Stadtwerke. Der Ausbau der Wärmenetze und weitere Infrastrukturaufgaben werden die Stadtwerke vor große finanzielle Herausforderungen stellen. Für diese Aufgaben und Herausforderungen müssen wir Partner gewinnen und noch mehr in regionalen Netzwerken zusammenarbeiten.

Zusammenfassend darf ich sagen: Wer Klimaschutz in Aalen will, sollte Kunde bei den Stadtwerken sein!

3. Bereich Wohnen:

Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ist und bleibt eine der Hauptaufgaben der Stadtentwicklung. Mit dem „Handlungsprogramm Wohnen“ hat der Gemeinderat wichtige Leitlinien für die Wohnbauentwicklung in Aalen vorgegeben und in den letzten Jahren weiterentwickelt. Neue Instrumente, wie die Wohnraumakquise wurden eingeführt.

Mit der Wohnungsbau Aalen steht uns zudem ein verlässlicher und kompetenter Partner bei der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum zur Seite.

Aktuell investiert die Wohnungsbau über 30 Mio. € in den Bau von 80 Wohneinheiten. Davon werden 23 Wohneinheiten als geförderte Wohnungen preiswert vermietet.

Und dieser Erfolg hat auch seinen Preis. Die Wohnungsbau investiert ihre Gewinne -wie vom Gemeinderat beschlossen- seit Jahren in den geförderten Wohnungsbau. Wie bei den Stadtwerken können wir deshalb auch hier langfristig nicht mit einem Beitrag für die Entlastung unseres Haushalts rechnen.

Bei der Wohnraumversorgung werden wir weiterhin an der Marschroute „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ festhalten.

Wir sehen aber auch, dass ohne die bedarfsgerechte Bereitstellung von Neubauland die Nachfrage bei weitem nicht gedeckt werden kann.

Deshalb: Die Baugebiete des Haushaltsplans kurz zusammengefasst:

- „Wohnen am Tannenwäldle“ mit über 300 Wohneinheiten
- In Hofen entsteht Wohnraum für ca. 130 Einwohnerinnen und Einwohner
- Die Aufsiedlung der südlichen Maiergasse in Wasseralfingen ist in vollem Gange

Dazu kommen weitere Baulandentwicklungen in Fachsenfeld, in Ebnat, in Waldhausen und in Dewangen.

Meine Damen und Herren, die dargestellten Beispiele sind nur ein kleiner Ausschnitt aus dem vor Ihnen liegenden Planwerk. Sie erkennen daran, dass auch der Etatentwurf 2025 den Dreiklang von

Erstens: Bildung

zweitens: Klimaschutz

und drittens: Wohnraum

aufnimmt und konsequent fortführt.

Er trägt damit die Handschrift der vom Gemeinderat gesetzten Schwerpunkte der vergangenen Jahre.

Nach all diesen Zahlen möchte ich noch auf vier Punkte eingehen, die unsere Stadt besonders auszeichnen: Die Aalener Innenstadt, die Sportstadt Aalen, die Aalener Kultur und die Weltoffenheit in Aalen.

Die Aalener Innenstadt

Mit dem Programm für die „Zukunftsfähige Innenstadt Aalen“ legen wir die Grundlagen, um unsere Innenstadt als lebendes Zentrum der Stadt zu erhalten und stärken. Der Ausbau von Aufenthalts- und Spielmöglichkeiten, Pflaster- und Belagsanierungen sowie neue Beleuchtungskonzepte gehören ebenso zu den Zielsetzungen wie die Stärkung der Gastronomie, der Sicherheit und Sauberkeit. Perspektivisch wollen wir auch ein Sanierungsgebiet für die City.

Die Sportstadt Aalen zeichnet sich durch eine vielseitige und lebendige Sport-szene mit ganz viel Ehrenamt aus. In den vergangenen Jahren haben wir konsequent in den Ausbau der sportlichen Infrastruktur und die Förderung der Sportvereine investiert, um das Sportangebot für die Bürgerinnen und Bürger attraktiv zu gestalten.

Erst im vergangenen Jahr haben wir die Sportförderrichtlinien geändert. Unter anderem wurde der Investitionskostenzuschuss von 30 auf 40 % angehoben und auch der Unterhaltungskostenzuschuss für vereinseigene Sportanlagen um rund 22 % erhöht.

Diese Maßnahmen waren zum damaligen Zeitpunkt ein guter und richtiger Schritt. Doch vor dem Hintergrund der aktuellen Finanzlage werden wir diese

Förderung nicht lange durchhalten können. In Zukunft müssen wir wieder verstärkt auf ein Miteinander setzen und Infrastruktur gemeinsam nutzen!

Gemeinsam an einem Strang ziehen, ich denke gerade der Sport kann hier ein Beispiel sein.

Kultur in Aalen

Während im Bundeshaushalt Kürzungen am Kulturretat vorgenommen werden, stehen wir in Aalen hinter unseren Kulturschaffenden.

Richard von Weizsäcker hat einmal gesagt: *„Kultur ist kein Luxus, den wir uns leisten oder nach Belieben streichen können, sondern der geistige Boden, der unsere innere Überlebensfähigkeit sichert.“*

Und deshalb wollen wir Theater, Musikschule oder unsere Orchester weiter unterstützen. Unsere Kulturstätten wie den KUBAA und die Stadthalle werden wir weiter „in Schuss“ halten. Die Stadtbibliothek im Torhaus werden wir Stück für Stück modernisieren. Auch dafür haben wir jährlich 200.000 € vorgesehen.

Internationalität und Weltoffenheit in Aalen

Internationalität und Weltoffenheit zeichnet Aalen aus. Hier leben Menschen aus 131 Ländern friedlich zusammen. Derzeit leben in Aalen insgesamt 1.549 Geflüchtete, die aus den Krisengebieten in der Welt zu uns kommen und sich hier ein neues Leben aufbauen möchten.

Mit dem Wegfall des LEA-Privilegs für den Ostalbkreis Ende 2025 werden wir künftig mehr geflüchteten Menschen in Aalen Wohnraum zur Verfügung stellen müssen. Dieser gesamtstädtischen Aufgabe müssen und werden wir uns stellen.

Im Haushaltsplan sind dafür die notwendigen Maßnahmen enthalten.

Dass die Aufnahme von Geflüchteten in Aalen funktioniert, zeigt sich deutlich am Beispiel der ehemaligen Musikschule in der Hegelstraße.

Bei der Unterbringung dieser Menschen sind wir gut beraten, nicht dem Narrativ der Nationalisten zu folgen, sondern uns der Verantwortung zu stellen und unserem christlichen, humanistischen Wertekompass, den Werten des Grundgesetzes, zu folgen, meine Damen und Herren!

Für diese vielen Aufgaben benötigen wir aber auch das erforderliche Personal. Wir haben in den letzten Jahren aufgrund neuer Aufgaben viele neue Stellen geschaffen. Der Anstieg der Beschäftigten wird sich aber so nicht fortsetzen können. Die Kurve der Mitarbeitendenzahlen wird künftig deutlich weniger stark ansteigen.

Für den Stellenplan 2025 schlagen wir Ihnen 19,8 neue Personalstellen vor.

Zum Vergleich: im Jahr 2024 waren es 47,05 bewilligte Personalstellen und im Jahr davor sogar 68,45 neue Stellen.

Die Schwerpunkte der Stellenneuschaffungen liegen auch hier im Bereich Bildung und Betreuung – insbesondere für die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung an unseren Schulen. Aber auch im Bereich der Bürgerdienste, der öffentlichen Sicherheit und im IT-Bereich sind neue Stellen notwendig.

Die Personalkostenhochrechnung für das kommende Jahr geht von Aufwendungen in Höhe von rund 82 Mio. € aus. Dies entspricht einer Steigerung von 14 % im Vergleich zum Vorjahr.

Ein Großteil dieser Kostensteigerungen resultiert aus dem Tarifabschluss für die Beschäftigten in 2024 und der Wirksamkeit der Tariferhöhung bei den Beamtinnen und Beamten für 2025.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der vorliegende Etatentwurf enthält alles, was für eine gute Entwicklung für die Gesamtstadt mit all ihren Ortsteilen notwendig ist.

Darüber hinausgehende Wünsche allerdings - das gehört zur Wahrheit dazu - werden sich nicht mehr in dem Maße der vergangenen Jahre erfüllen lassen.

Mit diesem Haushaltsplanentwurf legen wir bei Weitem keine Vollbremsung hin. Er stellt auch keine Kurskorrektur dar, denn die Richtung stimmt.

Mein besonderer Dank gilt daher allen, die an dem vorliegenden Entwurf mitgewirkt haben. Besonderer Dank gebührt Frau Stadtkämmerin Faußner, ihrem Stellvertreter Herrn Barth sowie den beiden Beigeordneten Wolfgang Steidle und Bernd Schwarzenborfer.

Zum Schluss noch etwas Persönliches:

Nach dem ersten Blick auf den Haushaltsplan im September und den Gesprächen mit dem Regierungspräsidium war ich doch etwas gefrustet.

Die neuen Zahlen zeigen, dass wir erstmal auf einige Projekte verzichten müssen. Ich bin halt auch jemand, der immer gern noch mehr machen und noch mehr bewegen möchte. Aber die neue Situation bedeutet, dass auch ich mich mit neuen Projektvorschlägen zurücknehmen muss.

Doch: die letzten Tage haben wieder richtig Mut gemacht.

Es gab tolle Momente wie die Eröffnungen der beiden Kitas in Fachsenfeld und an der Hochschule, die zeigen, was wir schon gemeinsam erreicht haben.

An der Personalversammlung hat man nochmal gesehen, was für ein starkes und kompetentes Team wir sind.

Oder wenn Vereine vorschlagen, dass sie sich bei der Sanierung der Sporthalle in Unterkochen selbst einbringen wollen, zeigt das, dass wir in Aalen auf ein großes bürgerschaftliches Engagement bauen können.

Und zuletzt auch die Beratungen der letzten beiden Tage in unseren Ausschüssen. Dabei ist nochmal klar geworden, dass wir in der Stadt eine sehr große Dynamik haben, dass sich viel bewegt und Aalen weiter wächst. Das hat alles richtig gut getan - nach der anfänglichen Oktoberdepression.

Und richtig gut ist, für uns alle in der Verwaltung, dass wir uns auf Sie, liebe Gemeinderäte verlassen können, dass wir in der Aalener Kommunalpolitik bei den großen Fragen in unserer Stadt mit großer Geschlossenheit gute Entscheidungen treffen. Ich bin mir sicher: Das wird auch bei diesen Haushaltsberatungen wieder so sein.

Am Ende dieser Haushaltsrede steht deshalb ein herzliches Glückauf!